

Willy Brandt, Erinnerungen

Quelle: BRANDT, Willy. Erinnerungen. Berlin: Siedler, 1999. 527 S. ISBN 3-88680-687-1. p. 199-200; 204-206.

Urheberrecht: Willy Brandt

URL: http://www.cvce.eu/obj/willy_brandt_erinnerungen-de-a21dae1a-a392-44c3-9cfd-2017525d1c32.html

Publication date: 03/07/2015

Willy Brandt, *Erinnerungen*

[...]

Streitfragen künftig ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen, gelobten beide Vertragspartner an jenem 12. August. Dieser Gewaltverzicht beinhaltete die Verpflichtung, keine der in Europa bestehenden Grenzen - einschließlich der Oder-Neiße-Linie - anzutasten und keine Gebietsansprüche zu erheben; unsere Anerkennung galt der Unverletzlichkeit der Grenzen. Darin sah ich keinen Widerspruch zu dem Bemühen, die Grenzen so durchlässig wie irgend möglich zu machen. Apropos Fiktionen: Als ob wir die Sowjetunion hätten angreifen können! Daß der sowjetische Gewaltverzicht insoweit mehr Gewicht hatte, konnte aber nicht gut ins Feld geführt werden. Die Gültigkeit früher abgeschlossener Verträge und Vereinbarungen, also auch jener, die zwischen der Bundesrepublik und ihren westlichen Verbündeten geschlossen waren, wurde ausdrücklich anerkannt. Die Präambel nahm auf die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen Bezug. Das Ziel der deutschen Einheit durch Selbstbestimmung wurde nicht beeinträchtigt. In einem besonderen Brief, den die sowjetische Regierung bestätigte, stellte unser Außenminister fest, »daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt«. Wie also konnte ein prominenter Unionspolitiker wie Rainer Barzel noch Jahre später behaupten, wir hätten uns durch die Ostverträge verpflichtet, »von Wiedervereinigung nicht mehr zu sprechen«? Im gleichen Zusammenhang war davon die Rede, ich hätte mich negativ zur Wiedervereinigung geäußert; das macht Sinn nur für den, der meine Gründe gegen das rückwärtsgewandte »Wieder« nicht Kenntnis nehmen wollte und will.

Der Opposition hatte besonders daran gelegen, daß die europäische Einigung vom Moskauer Vertrag nicht berührt werde; dem trugen wir Rechnung. Die zu erwartende Erweiterung der EWG wurde angesprochen, das Expertengespräch mit dem RGW, dem Comecon, angeregt. 1973 in Bonn argumentierte Breschnew: Die Sowjetunion sei gegen Blockpolitik in Wirtschaftsfragen. Er sehe nicht ein, daß man nach Brüssel fahre, wenn man etwas bei Krupp in Essen kaufen wolle. Das würde die Dinge doch nur komplizieren. Andererseits verschließe die sowjetische Seite nicht die Augen vor der Tatsache, daß die EWG existiere. Vielleicht sei es gut, nach einer irgendwie gearteten Zusammenarbeit zwischen EWG und RGW suchen. Immerhin! Zu den prinzipiellen Ergebnissen der Vertragsverhandlungen gehörte, daß der Bezug auf die Feindstaatenklausel der UN-Charta aus den Beziehungen der Sowjetunion zur Bundesrepublik verschwand.

[...]

Moskau August 1970 handelte - über manchen Kleinkram hinaus - vom Übergang zu einem neuen Abschnitt europäischer Nachkriegsgeschichte: Mir bot sich gleichzeitig Gelegenheit, für die Regelung einiger praktischer Fragen die Weichen zu stellen. Das galt zunächst für Berlin: Ich teilte mit, daß wir den Moskauer Vertrag erst ratifizieren würden, wenn die Vier Mächte ihre Verhandlungen über Berlin befriedigend abgeschlossen hätten. Wenn wir Entspannung wollten, dürfe Berlin nicht ein Punkt des Kalten Krieges bleiben. Es solle nicht mehr Zankapfel sein, sondern Funktionen in der friedlichen Zusammenarbeit erhalten. Breschnew ärgerte das Junktim. Ob meine Haltung nicht bedeutete, den USA ein Veto einzuräumen? Da blieb in der Tat vieles offen, aber der Mißbrauch der Berlin-Frage als eines Störhebels wurde reduziert, wenn auch leider nicht ausgeschaltet. Schon Ende Oktober 1970 ließ Gromyko bei einem Treffen mit Scheel verklausuliert erkennen, daß sich mit unserem Berlin-Junktim leben lasse; die beiden trafen sich - vor hessischen Landtagswahlen - im Taunus.

Zum anderen hatten wir Angelegenheiten von Menschenrechten im Auge, die wir - was sie harmloser erscheinen ließ - als »humanitäre Fragen« einführten. Es ging um die Repatriierung von Menschen in der Sowjetunion, die bei Kriegsausbruch deutsche Staatsangehörige waren, und um konkrete Fälle von Familienzusammenführung. Kossygin sagte, daß sich hierum - weiterhin, obwohl bis dahin mit sehr mäßigem Erfolg - die beiden Rotkreuzgesellschaften kümmern sollten; ich habe hierbei mithelfen können, auch als ich mit Regierungsgeschäften nicht mehr befaßt war. In den Jahren nach 1970 haben viele Deutschstämmige übersiedeln können, und schließlich zeichneten sich sogar wieder bessere kulturelle Lebensbedingungen für Sowjetbürger deutscher Nationalität ab. Ohne mir Federn an den Hut stecken zu

wollen, habe ich mich im- Lauf der Jahre in einer Reihe von Fällen des Schicksals sogenannter Dissidenten annehmen können. Die Ergebnisse der Interventionen blieben bescheiden; in einigen Fällen reisten Intellektuelle aus, die lieber in ihrer Heimat geblieben wären, in einigen anderen erlangten sie bessere Lebensbedingungen.

Drittens ging es natürlich auch um wirtschaftliche Interessen: Ich wollte von den Russen vorweg Klarheit darüber, daß sie uns nicht in der weiteren Entwicklung - zusätzlich zu allen Kriegslasten - noch Reparationen zumuteten. Breschnew brauchte Zeit; im folgenden Jahr, auf der Krim, teilte er knapp mit, diese Frage stelle sich in der Sowjetunion nicht. Intelligente Kommentatoren hätten herausfinden können, daß hier der einzige halbwegs relevante Vergleich zu Rapallo gegeben gewesen wäre.

Breschnew wie. Kossygin sprachen von »großen bis gewaltigen Aussichten« auf den Gebieten von Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie; vor allem wurde uns die Zusammenarbeit in der Gewinnung sibirischer Bodenschätze angepriesen. Dies war und blieb eine Konstante in deutsch-russischen Gesprächen. Ich habe nachgeblättert und festgestellt, was Karl Radek, der bolschewistische Deutschlandexperte polnischer Herkunft, der in einem von Stalins Lagern umkam, schon 1922 zum Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt sagte: »Deutschland habe den Vorteil, die großen russischen Rohstoffvorräte erschließen zu können. Die deutsche Arbeit werde jetzt Unterstützung in Rußland finden.«

Es wurden, auch in den nachfolgenden Jahren, manche Luftschlösser gebaut. Kossygin neigte nicht zum Überschwang: »Weder wir noch Sie sind Wohlfahrtsorganisationen, die Zusammenarbeit muß für beide Seiten Nutzen bringen.« Er wußte auch, daß von deutschen Interessenten vernehmlich über die Schwerfälligkeit und den häufigen Leerlauf der sowjetischen Wirtschaftsverwaltungen geklagt wurde. Der Handel mit der Sowjetunion hat sich dann doch, gemessen an seinen Ausgangsziffern, durchaus erfreulich entwickelt.

Der Moskauer Vertrag hatte prinzipielle und existentielle Bedeutung für die von mir geführte Regierung. Nicht nur für uns in Bonn, auch europapolitisch wog schwer, daß das Gespenst der ewigen deutschen Gefahr aus den Texten der zweiten Weltmacht, auch aus dem Politunterricht der sowjetischen Streitkräfte, verschwand – und, im Zusammenhang damit, daß die antideutsche Karte aus dem interkommunistischen Spiel genommen wurde.

[...]